

wiegend aus China ermöglicht. Oder auch am Schlupfloch der Zuwanderung von Japanischstämmigen, die meist aus den Mittelschichten Brasiliens und Perus stammen und sich in Japan allzu oft als Fabrikarbeiter verdingen.

Die politischen Ansprüche der zentralen Akteure kreisen in den genannten Beispielen immer wieder um wirtschaftliche Interessen einerseits und das Diktum des Schutzes der öffentlichen Sicherheit andererseits. Neu hinzugekommen in der zweiten Immigrationsdebatte ist zudem Japans demographischer Wandel als Argument derjenigen, welche die Zuwanderung internationaler Arbeitskräfte aller Qualifikationsstufen als *ultima ratio* der Debatte etablieren wollen. In der regionalen Perspektive findet sich dieser neue Aspekte der Zuwanderungspolitik bereits in bilateralen Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit manifestiert, welche die Zuwanderung von Pflegefachkräften aus Indonesien und aus den Philippinen nach Japan ermöglichen.

Chiavacci gelingt mit diesem Buch ein Plädoyer für die Anerkennung Japans als Immigrationsland. Er weist wiederholt auf die strukturelle Abhängigkeit einzelner Sektoren des japanischen Arbeitsmarkts von Arbeitsmigranten hin. Ebenso auf die Implikationen regionaler Entwicklungen auf die Reformen von Japans Zuwanderungspolitik. Wollte man dennoch eine Kritik anbringen, dann die, dass der Autor das Thema der Integration größtenteils ausklammert. Die Nichtexistenz integrationspolitischer Maßnahmen in Japan mag als Gegenargument für das Postulat vom Immigrationsland Japan angeführt werden. Selbst wenn Japan – so wie es der Autor vorschlägt – lediglich ein „widerwilliges Immigrationsland in einer widerwilligen Immigrationsregion“ (S. 273) ist.

Gabriele Vogt

György Széll, Roland Czada (Hgg.): Fukushima. Die Katastrophe und ihre Folgen

Frankfurt a.M.: Peter Lang, 2013. 292 S., EUR 44,95

Dieser Sammelband, herausgegeben von den Osnabrücker Sozialwissenschaftlern György Széll und Roland Czada, vereint Aufsätze namhafter deutscher und japanischer Wissenschaftler, die zumeist anlässlich der im November 2011 gemeinsam von der Forschungsstelle Japan an der Universität Osnabrück und der Volkshochschule Osnabrück ausgerichteten Konferenz „Japan nach der Katastrophe – eine strahlende Zukunft?“ vorgetragen wurden. Die zentralen Fragestellungen, welche Auswirkungen die Dreifachkatastrophe (Erdbeben, Tsunami und Reaktor-GAU) auf die Wirtschaft, Politik, auf die Technologieentwicklung, insbesondere im Energiebereich, sowie auf die internationale Zusammenarbeit hat, werden in dem Buch in drei Schwerpunktböcken – Wirtschaftskrise und Umwelt, Gesellschaft, Politik – behandelt.

Die Einleitung eines der beiden Herausgeber (G. Széll) bietet einen knappen Überblick über die letzten 150 Jahre japanischer Geschichte, als das Land seit der Meiji-Ära (ab 1868) seine lange verfolgte Abschottung nach außen zugunsten einer Politik revidierte, die gemäß der Devise „Reiches Land, starke Armee“ auf Expansion und Annexion ebenso setzte wie auf die Zurichtung einer Innenpolitik im Geiste eines rigiden bürokratischen Zentralismus. Die, die beides bitterst am eigenen Leib erfahren mussten, waren die „Kellerkinder“ des 20. Jahrhunderts, die Koreaner. Nicht nur wurde Korea 1910 eine Kolonie Japans und nach Ende des Zweiten Weltkriegs geteilt. Auch im Zuge des großen Kanto-Erdbebens im Jahre 1923 mussten Koreaner als Sündenböcke herhalten. Und ein Großteil der *Hibakusha*, der überlebenden Strahlenopfer von Hiroshima und Nagasaki, waren zwangsverschleppte Koreaner, die im Lande ebenso geächtet blieben wie in ihrer ursprünglichen Heimat.

Im ersten Schwerpunktblock zu Wirtschaftskrise und Umwelt geht es um die zentrale Frage, welche Lehren die Regierung in Tokio aus der Dreifachkatastrophe in Fukushima gezogen hat und ob diese gar eine Kehrtwende in deren Energiepolitik einleitete. Udo E. Simonis (Berlin) plädiert mit Nachdruck für eine „strategische Trias“ aus Effizienz – Suffizienz – Konsistenz, wodurch Japan „grundsätzlich zu einem attraktiven neuen Wohlstandsmodell werden (könnte)“ (S. 73). Gastautor Johan Galtung, Begründer der Friedens- und Konfliktforschung, bemüht eine andere Trias – „ein eisernes Dreieck von Partei, Bürokratie und Industrie als Träger der ultimativen Macht“ (S. 78 f.). Um eine solche herauszufordern, geschweige denn zu beschneiden, bedarf es eines langen Atems beziehungsweise anderer (als der langjährig regierenden Liberaldemokratischen) Partei/en sowie einer wesentlich gestärkten Zivilgesellschaft. In „Rechnen mit dem Restrisiko: Fukushima I“ weist Johannes Jaenicke unter Mitarbeit von Richard Abendroth (beide Erfurt) darauf hin, dass Haftungsbeschränkungen beziehungsweise gar Haftungsausschlüsse der Atomkraftbetreiber aufgrund staatlicher Förderpolitik kaum Interesse an einer Risikominderung schür(t)e. Die Autoren zeigen sich optimistisch, weil aufgrund der Entwicklungen seit März 2011 „alles auf einen raschen Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie hin[deutet]“ (S. 99).

Fünf Beiträge umfasst der zweite Schwerpunktblock zu gesellschaftlichen Aspekten der Dreifachkatastrophe. Yasuko Ishikawa (Tokio), eine Aktivistin der japanischen Friedensbewegung, skizziert in lebhaften Schilderungen den couragierten Kampf der Eltern in Fukushima, ihre Kinder vor Radioaktivität zu schützen. Shuji Yamada und Yoshifumi Fujii von der Bunkyo Universität in Fujisawa (Präfektur Kanawaga) rücken Bürgerberatungen und -beteiligungen sowie das vielfältige Engagement von NROs (in Japan ist der Terminus NPO = Nichtprofitorganisation geläufig) und Zivilgesellschaft ins Zentrum ihrer Betrachtungen. Erörtert

werden unter anderem Erhebungen in der Gemeinde Chigasaki, einem Ort mit etwa 235.000 Einwohnern im Großraum Tokio. Dort kam als paradoxes Resultat zutage, dass die meisten Bürger auch nach den Katastrophen am 11. März und Teilhabe an öffentlichen Foren staatlichen Instanzen noch immer Vertrauen entgegenbrachten, wenngleich die Behörden im Katastrophenmanagement versagt hatten. Die Autoren weisen auf im internationalen Vergleich große Defizite in der Ausgestaltung der japanischen Zivilgesellschaft hin, sehen aber im weiteren Katastrophenmanagement auch und gerade die Chance, stärker als jemals zuvor entscheidende Debatten im öffentlichen Raum anzustoßen und erfolgreiche Kämpfe „von unten“ zu führen. Eine Einschätzung, die Daniel Joachim (Halle-Wittenberg) aufgrund intensiver Kontakte mit Friedensaktivisten vor Ort teilt. Eiichi Kido (Osaka) betrachtet die japanische Atompolitik hingegen als „einen Teil der Militarisierung“ (S. 184) seines Landes, woran „die profit- und gewaltorientierten Medienkonzerne“ einen beträchtlichen Anteil haben.

Den abschließenden Schwerpunktblock zur Politik leitet Carmen Schmidt (Osnabrück) mit einer fundierten Betrachtung des Parteiensystems in der Nachkriegszeit mit all seinen für Außenstehende arkan anmutenden Faktionen ein. Im Fokus ihrer Ausführungen liegt die Politik der Demokratischen Partei Japans (DPJ), der es zwar nach Jahrzehnte währender Dominanz der Liberaldemokratischen Partei (LDP) gelang, eigene Regierungen zu bilden, aber keinen sich fundamental von dieser absetzenden Politikwechsel herbeizuführen. Narahiko Ito (Tokio) geht scharf mit dem von der DPJ betriebenen Krisen-, besser Nicht-Krisenmanagement nach März 2011 ins Gericht. Paul Kevenhörster (Münster) sieht nach Fukushima nicht nur den Mythos der Sicherheit sämtlicher 54 japanischer Kernkraftwerke zerstört. Er antizipiert angesichts der Reaktion der politischen Klasse auf die Katastrophe überdies eine länger anhaltende Systemkrise. Sein Fazit ist einem Zitat der Tageszeitung *Asahi*

Shinbun entlehnt: „Japan muss sich neu erfinden und die Welt von neuem überraschen!“ (S. 242) Dazu zählt gewiss auch eine „grüne Politik“, der Florian Zimmeck (Osnabrück) im Rahmen eines Japan-Studienaufenthalts nachspürte. Wenngleich keine Analogien zum Entstehungsprozess Grüner Parteien in Europa statthaft sind, existiert in Japan das Potenzial zur Herausbildung einer solchen politischen Kraft.

In seiner Schlussbetrachtung resümiert der Koherausgeber Roland Czada ebenso informativ wie kenntnisreich die Auswirkungen von Three Mile Island (1979), Tschernobyl (1986) und Fukushima. Als beklemmend bleibt anzumerken, dass bereits gut ein- und einhalb Jahre nach der Dreifachkatastrophe – Mitte Dezember 2012 – mit Shinzo Abe wieder ein LDP-Ministerpräsident in Tokio regiert, der unter fataler Doppel-Amnesie leidet: Abe ist nicht nur ein erklärter Befürworter der Kernenergie, sondern auch ein Mann, der Japans Rolle während des Zweiten Weltkriegs notorisch herunterspielt.

Die Herausgeber haben ein rundum gelungenes und facettenreiches Opus vorgelegt, das im Sinne wechselseitigen Lernens und Erkenntnisgewinns gleichermaßen für Umweltaktivisten wie für an der Geschichte, Politik und Wirtschaft Japans Interessierte erhellend ist.

Rainer Werning